

Beschluss

Ändern wir die Politik, nicht das Klima!

I. Für ein Klima der Gerechtigkeit

Die Klimakonferenz in Paris wird eine wichtige Weichenstellung für den Klimaschutz und für dringend notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen. Wir müssen jetzt handeln, um unseren Planeten für uns und unsere Kinder lebenswert zu erhalten. Die Folgen der Klimakrise sind heute schon spürbar in Form von verdorrten Ernten, gefährlichem Hochwasser und entfesselten Wirbelstürmen. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen trifft vor allem die Ärmsten in den Ländern des globalen Südens und zwingt immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Die Internationale Organisation für Migration warnt vor millionenfacher Flucht durch die Klimakrise und ihre Folgen.

Deshalb ist Klimaschutz eine globale Gerechtigkeitsfrage, auf die die Staaten der Welt in Paris eine gemeinsame Antwort finden müssen. Erforderlich sind ein verbindliches und gerechtes Klimaschutz-Abkommen und Mut zu ehrgeizigen Maßnahmen gegen die Klimakrise. Dafür werden wir gemeinsam mit Umweltverbänden, developmentspolitischen Organisationen, Bürgerinitiativen und der Europäischen Grünen Partei mobilisieren.

Wir Grüne wollen, dass Deutschland sich wieder an die Spitze des internationalen Klimaschutzes setzt. Wir wollen die Chancen einer klimafreundlichen Wirtschaft ergreifen, die Abhängigkeit von Energieimporten verringern und unserer globalen Verantwortung gerecht werden. Die Bundesregierung wird, wenn sie nicht klar umsteuert, das deutsche Klimaschutzziel von 40% Emissionsminderung bis 2020 deutlich verfehlen. Wir sind überzeugt, dass unser Land mehr kann. Dabei ermutigt uns das Beispiel der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Klimaschutz einsetzen – als Aktive in lokalen Umweltinitiativen, bei Menschenketten gegen die Kohle, in Bürgerenergieprojekten oder in der Transition Town-Bewegung, als klimabewusste Verbraucher*innen oder als innovative Unternehmer*innen. Gemeinsam mit ihnen und den neun grün mitregierten Bundesländern wollen wir den derzeitigen Stillstand in der Klimapolitik überwinden.

Das Versagen der Klimapolitik der Bundesregierung ist mit Händen greifbar: Dreckige Kohleschlote qualmen weiter, selbst wenn ihr Strom gar nicht gebraucht wird. Solarunternehmen mussten tausende von Stellen abbauen. Der Kauf von Elektroautos lahmt, während der Absatz von Geländewagen boomt. Mieterinnen und Mieter zahlen teuer für viel zu schlecht gedämmte Wohnungen. Und Unternehmen fehlt ein Innovationsrahmen für ökologische Produkte. Im Gegenteil: Vieles, was dem Klima schadet, wird noch mit Steuermilliarden subventioniert. Selbst die rot-grüne Erfolgsgeschichte der Energiewende wird von der Großen Koalition ausgebremst. Während Länder wie die USA oder China ihre Klimaziele anheben und den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen und der Papst nachdrücklich zum Klimaschutz aufruft, fällt das einstige Vorreiterland Deutschland zurück. Das wollen wir wieder ändern!

I. Weltweit handeln gegen die Klimakrise

1. Paris kann nur ein Zwischenschritt sein

Unser Ziel ist mehr Lebensqualität für alle und ein Leben innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten. Eine Verständigung in Paris kann nicht der Schlusspunkt der internationalen Klimapolitik sein, sondern lediglich eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ziel.

Als historische Verursacher der Klimakrise müssen die Industriestaaten hierbei besondere Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Deshalb ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Industriestaaten einen herausgehobenen Beitrag für den Klimaschutz leisten und die Länder des globalen Südens bei der Anpassung an den Klimawandel und der Emissionsminderung genauso unterstützen wie bei der Bewältigung der Schäden aus der Klimakrise. Auch die Schwellenländer stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Echte Klimagerechtigkeit lässt sich nur durch eine sozial-ökologische Transformation erreichen. Dabei gilt: Je später wir entschieden gegen Klimaerwärmung handeln, desto größer werden die Herausforderungen, vor denen auch unsere Gesellschaften stehen.

Wir setzen für Paris auf einen starken Weltklimavertrag, der die nötigen Weichenstellungen vornimmt, um alle Staaten der Welt zu einer wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen zu verpflichten.

Am Ende muss mindestens ein Paket von Entscheidungen stehen, das alle Staaten der Welt zu einer wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen verpflichtet. Die Klimakonferenz in Paris allein kann und wird die Klimakrise nicht lösen.

Vielmehr braucht es Maßnahmen auf allen Ebenen und von allen Akteuren. Erste positive Ansätze gibt es: Erneuerbare Energien werden auch global immer wettbewerbsfähiger und stellen die Hälfte der weltweiten Investitionen im Stromsektor dar. Außerdem gibt es Signale, dass das Ende des Kohlezeitalters begonnen hat. China hat im letzten Jahr erstmals weniger Kohle verbrannt als in den Jahren davor und US-Präsident Obama plant die Stilllegung von zahlreichen Kohlekraftwerken. Auch immer mehr Investoren erkennen, dass der fortschreitende Klimawandel auf kurz oder lang eine grüne Wirtschaftsweise erfordern wird.

Dennoch befinden wir uns derzeit auf dem Pfad zu einer unbeherrschbaren Erderhitzung um 3-4 Grad Celsius, was durch die bisher zur COP 21 eingereichten nationalen Klimapläne noch einmal untermauert wird. Daher ist es auch so zentral, dass verbindliche Regeln zur Überprüfung und Nachjustierung der eingereichten nationalen Klimapläne getroffen werden. Das gilt gerade auch für das europäische Ziel. Statt des eingereichten Reduktionsziels von mindestens minus 40 Prozent bis zum Jahr 2030 müssten in der EU die Emissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden, um auf dem Pfad zu maximal 2 Grad-Erderwärmung zu bleiben.

- Wir wollen ein Abkommen nach dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten, welches die unterschiedlichen Fähigkeiten und die historischen Verantwortungen der Staaten für die Klimakrise berücksichtigt. Damit eine Paris-Vereinbarung den internationalen Klimaschutz voranbringt, müssen mindestens nachfolgenden Aspekte Teil des Abkommens werden:
- Zumindest das übergeordnete und langfristige Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius, wenn nicht gar 1,5 Grad zu begrenzen, muss völkerrechtlich bindend verankert werden
- dieses Ziel gilt es im Rahmen von nationalen oder auch regionalen Klimaschutzverpflichtungen zu untermauern, die mindestens alle fünf Jahre unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft überprüft werden müssen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Vertragsstaaten ihre Zusagen nicht verringern können.

- Das Pariser Protokoll muss eine weltweite Dekarbonisierung bis Mitte des Jahrhunderts und einen schrittweisen Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien festlegen. Menschenrechte, einschließlich die Rechte indigener Völker müssen im Abkommen verankert und Geschlechter- und Generationengerechtigkeit aufgenommen werden.

Für mehr Klimagerechtigkeit und Partnerschaften in einer globalisierten Welt muss das Abkommen eine Antwort darauf geben, wie das Versprechen der Industriestaaten, ab 2020 mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Klimageldern zu mobilisieren, konkret eingelöst wird.

Es gibt viele Staaten die dem Zwang zum Konsens entfliehen und schneller vorangehen wollen. Deshalb braucht es eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten: Die UNFCCC muss über Paris hinaus durch eine völkerrechtliche Vorreiter-Allianz ergänzt werden in der Klimaschutz als Chance begriffen wird für eine globale Wirtschaft, die allen Menschen auf der Erde ein Auskommen bietet ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Die Bundesregierung ist aufgefordert eine entsprechende diplomatische Initiative zu starten. Zudem sind handelsrechtliche Möglichkeiten zur Unterstützung der Vorreiter-Allianz zu prüfen.

2. Die UN-Nachhaltigkeitsagenda als Chance nutzen

Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung für alle Menschen auf diesem Planeten gehören unauflöslich zusammen. Das haben die UN-Mitgliedstaaten im September in New York nochmals festgestellt.

Die neue UN-Nachhaltigkeitsagenda ist eine Aufgabe für alle. Gerade Deutschland soll eine Vorreiterrolle in der Umsetzung der 17 Ziele einnehmen und globale Klimagerechtigkeit durch ambitioniertes Handeln auch hier vor Ort zu ermöglichen. Wir fordern:

- Die Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur für das Regierungshandeln zu machen, indem alle Ressorts ehrgeizige und verbindliche Umsetzungspläne vorlegen und über deren Umsetzung regelmäßig öffentlich berichten.
- Die Bundesregierung muss endlich einen Aufholplan vorlegen, mit dem das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, bis spätestens 2020 erreicht werden kann. Nachdem die Bundeskanzlerin dies im September in New York angekündigt hat, muss sich das nun endlich auch im Haushalt wiederfinden. Bisher führen die versprochenen Mittel nur dazu, den Status Quo der deutschen Entwicklungs-Finanzierung auf dem viel zu geringen Niveau von 0,4 % zu halten.
- Um die globale Energiewende zu beschleunigen, sollte der Klimaschutz als Querschnittsaufgabe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden. Viele Lösungen existieren bereits: Die erheblich gesunkenen Kosten der Erneuerbaren Energien machen es möglich, den Energiebedarf ohne gesundheits-, umwelt- und klimaschädliche Emissionen zu decken. In Bereichen wie Energieeffizienz, Netzausbau und regulatorischer Beratung soll die Zusammenarbeit intensiviert werden.
- Die internationale Kohlefinanzierung durch KfW-Bank und Hermes-Bürgschaften muss umgehend beendet werden und die Außenwirtschaftsförderung auf umwelt- und klimaverträgliche Projekte fokussiert werden. Um der historischen Verantwortung des Globalen Nordens gerecht zu werden, bedarf es einer rechtlichen Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit.

3. Klimaschutzfinanzierung absichern

Investitionen in Klimaschutz sind Investitionen in den Wohlstand von morgen. Egal ob in Deutschland, Griechenland oder im Globalen Süden: Die Energiewende bringt langfristig günstige Energie im Gegensatz zur fossilen Abhängigkeit ebenso wie im Gegensatz zu den hohen Risi-

ken und unkalkulierbaren Folgekosten nuklearer Energieerzeugung. Durch die Energiewende entstehen neue Geschäftsfelder und Chancen für Menschen und Regionen.

Derzeit geben die G20 Staaten über 1.000 US-Dollar pro Kopf für Subventionen in den fossilen Energiesektor aus. Umwelt- und Gesundheitsschäden werden so gut wie nie in den Kosten der fossilen Treibstoffe mit einberechnet. Damit müssen wir Schluss machen! Für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und des Klima- und Biodiversitätsschutzes in den Ländern des Globalen Südens fordern wir:

- Deutschland muss seinen fairen Anteil an den von den Industriestaaten versprochenen 100 Milliarden US-Dollar Klimageldern ab 2020 beitragen. Dieser Anteil beträgt rund 7-9 Mrd. Euro. Die Mobilisierung der Mittel für den internationalen Klimaschutz ist zu einem allergrößten Teil eine öffentliche Aufgabe. Wir stellen im Rahmen eines langfristigen Aufholplans sicher, dass diese Gelder zusätzlich zur Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden. Die Wirtschaft ist unter starken menschenrechtlichen, ökologischen und sozialen Kriterien für diese gigantische Aufgabe mit einzubeziehen.
- Wir wollen, dass Unternehmen wie Chevron, ExxonMobil, Saudi Aramco, BP, Gazprom, oder Shell die wahren Förderkosten verursachergerecht tragen. Deshalb sollte unter dem Dach der Klimarahmenkonvention ein globaler Mechanismus erarbeitet werden, der auf die Förderung von Kohle, Öl und Gas eine Abgabe einführt. Die zusätzlichen Mittel sollen in den Klimaschutz fließen.
- Die Einnahmen aus marktbasierenden Instrumenten zur Reduzierung der globalen Emissionen von Luft- und Schifffahrt müssen einen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung nach 2020 und dem Green Climate Fund leisten.

4. Europa muss beim Klimaschutz wieder voran gehen

Klimaschutz und eine europäische Energiewende gehören zu den ganz großen Projekten unserer Zeit. Die Vielfalt erneuerbarer Energiequellen in Europa ist ein Vorteil, da sie sich ergänzen können und somit eine sichere Versorgung aller Staaten möglich ist. Innovation kann vom alten Kontinent ausgehen, wenn aus den Hauptstädten und Brüssel die richtigen Vorgaben kommen. Europa kann und sollte seinen Energiebedarf bis zur Mitte des Jahrhunderts zu 100 Prozent aus Erneuerbaren decken. Städte und Gemeinden sind zentrale Akteure im Bereich Klimaschutz. Ballungszentren sind global für bis zu 80 Prozent des Energie- und Ressourcenverbrauchs verantwortlich. Lokale Klimaschutzmaßnahmen wie Energie- oder Mobilitätskonzepte stärken die lokale Wirtschaft und verbessern die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen europäische und internationale Netzwerke des Austausches von Best Practices wie beispielsweise den „compact of mayors“ oder Konzepte wie CO₂-freie Städte (transition towns) stärken.

Im Europäischen Rat werden derzeit faule Kompromisse geschlossen bei denen am Ende oft nur der kleinste gemeinsame Nenner bleibt. So übernimmt Europa in internationalen Verhandlungen keine Führung mehr. Um diesen Trend umzudrehen fordern wir:

- Die europäischen Ziele für 2030 müssen verpflichtend sein und auf 40 Prozent Energieeinsparung, 45 Prozent erneuerbare Energien und 55 Prozent CO₂-Emissionsminderung bis 2030 erhöht werden.
- Um den dringenden Ausstieg aus Kohle und Atom zu realisieren, fordern wir nachhaltige Gemeinschaftsinvestitionen in Energienetze, in Energieeffizienz, in Erneuerbare Energien sowie den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen.
- Um eine Energieunion zu schaffen, die langfristig unabhängig von fossilen Importen ist, müssen mehr Gelder in eine tragfähige und „smarte“ Energieinfrastruktur investiert werden. Subventionen in Fossile und Atom müssen abgeschafft werden.

5. Europäischen Emissionshandel von Grund auf überholen

Wir wollen die Energiewende europäisch machen. Die Erneuerbaren Energien sind längst wettbewerbsfähig, wenn es faire Bedingungen für sie gibt. Wir wollen einen Emissionshandel, der CO₂-Emissionen spürbar senkt und der Verschmutzung der Atmosphäre einen wirksamen Preis gibt. Nur so können sich Investitionen in den Klimaschutz endlich lohnen. Eine CO₂-Steuer als mögliche Alternative ist in Europa absehbar politisch nicht umsetzbar, weshalb wir eine grundlegende Reform des Emissionshandels einfordern. Derzeit verfehlt der Emissionshandel komplett seine Wirkung. Weil mindestens zwei Milliarden überschüssige Zertifikate auf dem Markt sind, ist der CO₂-Preis im Keller und der Anreiz für Klimaschutz passé. So kann der Emissionshandel keinen fairen Wettbewerb um die besten ökologischen Lösungen befördern. Es braucht immer auch das Ordnungsrecht um z.B. faire Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren zu schaffen, Energieeffizienz voran zu bringen und den überfälligen Kohleausstieg einzuleiten. Den Trend zur Monetarisierung sehen wir kritisch.

Die bestehenden Schwächen des Emissionshandels wollen wir abbauen und seine klimapolitische Wirksamkeit erhöhen. Deshalb fordern wir:

- Bis zur Einführung eines europäischen Mindestpreises für CO₂ auch national voranzugehen und in Deutschland einen Mindestpreis einführen, der jährlich steigt und somit Unternehmen Planungssicherheit bei Klimaschutzinvestitionen gibt.
- Überschüssige Zertifikate müssen in Höhe von mindestens zwei Milliarden Emissionszertifikaten dauerhaft vom Markt genommen und gelöscht werden.
- Die klimapolitische Verlässlichkeit und Rechtssicherheit muss weit über 2030 hinaus gesichert werden, indem wir heute schon die jährlichen Emissionsobergrenzen (CAPs) bis 2050 fortschreiben, die sich an einem langfristigen Minderungsziel von minus 95% orientieren. Dafür wollen wir den notwendigen Reduktionsfaktor, entsprechend anpassen.
- Diese CAPs müssen in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um sie an den Ausbau der erneuerbaren Energien anzupassen bzw. an die Klimaziele im Rahmen eines UNFCCC Klimaabkommens anzupassen.
- Schlupflöcher und Betrugsmöglichkeit im Emissionshandel müssen beseitigt werden. Er soll ja keine zusätzlichen Gewinne für die Industrie schaffen, sondern zu mehr Klimaschutz anreizen. Die derzeitigen Defizite machen die Schwäche marktbasierter Instrumente deutlich.
- Emissionszertifikate für Industrie und Flugverkehr gehören künftig zu 100 Prozent versteigert, statt sie weiterhin kostenlos zuzuteilen. Im Falle eines tatsächlich eintretenden Verlagerungsdrucks auf kohlenstoffintensive Unternehmen wollen wir diese im Gegenzug durch gezielte Hilfen unterstützen.
- Zudem muss geprüft werden, wie außereuropäische Emissionen der Produkte und ihrer Transportwege von Importgütern berücksichtigt werden können. Denn in der herkömmlichen Berechnung wird nicht berücksichtigt, dass der Globale Norden einen relevanten Teil seiner CO₂-verursachenden Produktion in Drittstaaten ausgelagert hat.

II. Deutschland wieder zum Vorreiter machen

Wenn Deutschland die ökologische Modernisierung der Wirtschaft schafft und eine klimaneutrale Gesellschaft wird, ist das für andere ein großer Ansporn. Anspruch deutscher Politik muss es sein, voran zu gehen - beim Klimaschutz, bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und

beim Export von Klimatechnologien. Doch nur wer im eigenen Land ernst macht mit dem Klimaschutz, kann in Paris glaubwürdig verhandeln.

Unter der Großen Koalition hat die deutsche Energiewende Tempo und Strahlkraft verloren. Wir Grüne stehen für eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Klimapolitik.

1. Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland

Für neuen Schwung beim Klimaschutz muss es ein Klimaschutzgesetz mit ambitionierten CO₂-Reduktionszielen für Stromversorgung, Industrie und Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr sowie verbindlichen jährlichen Zwischenzielen geben: 40% Minderung bis 2020, 60% bis 2030 und 95% bis 2050. So weist das Klimaschutzgesetz den Weg für eine Verkehrspolitik, die Bahn- und Radfahren attraktiver macht, Spritspartechnik vorantreibt und Elektromobilität gezielt fördert. Und es gibt einen Rahmen vor für eine umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft, die zum Schutz des Klimas auf industrielle Massentierhaltung, Pestizide und Chemiedünger weitgehend verzichtet. Durch die langfristigen Ziele gibt das Klimaschutzgesetz Unternehmen Planungssicherheit für Investitionen in die ökologische Modernisierung. Die Zielerreichung wollen wir mit einem engen Monitoring begleiten: Wenn die Zwischenziele nicht erreicht werden, muss die Bundesregierung dem Bundestag ein Klimaschutz-Aktionsprogramm mit geeigneten Anpassungsmaßnahmen, wie ordnungsrechtlichen Instrumenten und Förderprogrammen zur CO₂-Reduzierung vorlegen.

2. Raus aus der Kohle - Rein in die Zukunft

Wir wollen die Bürgerenergie. In Deutschland konnte der Ausbau erneuerbarer Energien auch deshalb so rasch Schwung aufnehmen, weil er durch die Menschen getragen wurde. Wir setzen uns auch weiterhin für einfache Lösungen zur Einbindung vieler kleiner dezentraler Einheiten ein, denn Bürgerenergie, Dezentralität und Demokratisierung unserer Energieversorgung sorgen für Akzeptanz und Stabilität.

Doch die Bundesregierung setzt auf komplizierte Ausschreibungen, bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien und würgt die Bürgerenergie ab. Unser Ziel, bis 2030 unsere Stromversorgung auf nahezu 100 Prozent erneuerbare Energien umzustellen, wird damit schwer zu erreichen sein. Trotzdem werden wir dafür kämpfen, denn wir wollen binnen zwei Jahrzehnten aus der Kohle aussteigen. Es geht jetzt darum auch die anderen Sektoren wie Industrie, Mobilität und Wärme erneuerbar zu gestalten. Nur so schaffen wir es bis Mitte des Jahrhunderts Deutschland weitgehend regenerativ zu entwickeln.

Dafür fordern wir:

- Deutschland muss schrittweise und verbindlich aus der klimaschädlichen Kohleverstromung aussteigen. Dazu schlagen wir gesetzliche CO₂-Grenzwerte für die fossile Stromerzeugung vor, die alte, dreckige Kohlemeiler aus dem Markt drängen.
- Die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage/CCS) ist abzulehnen. Wir setzen uns außerdem für strenge Quecksilber-Grenzwerte ein, die entsprechend dem neusten technischen Stand regelmäßig angepasst werden sollen. Die Ausbaudeckelung bei den erneuerbaren Energien muss beendet werden und ambitionierte Ausbauziele beschlossen werden. Hierzu ist eine Reform des EEG entlang der grünen Leitlinien Klimaschutz, Kosteneffizienz und Bürgerfreundlichkeit umzusetzen.
- Stärkere finanzielle Förderungen für erneuerbar erzeugten Strom. Mit einem 100.000 Energiespeicher Programm für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen treiben wir den Ausbau einer soliden dezentralen erneuerbaren Energieerzeugung voran.

- Ohne eine erhebliche Senkung des Gesamtverbrauchs sind die Ziele der Energiewende nicht zu machen. Energieeinsparung und -effizienz sind daher effektiver Klimaschutz und müssen endlich gesetzlich besser gefördert werden.

3. Kein Sponsoring der Klimakrise

Preise, die immer mehr die ökologische Wahrheit sagen belohnen Unternehmen, die mit Ressourcen pfleglich umgehen und Emissionen senken. Doch derzeit passiert das Gegenteil. Der Anteil der Umwelt- und Ressourcensteuern an den gesamten Produktionskosten ist in den vergangenen Jahren erheblich gesunken. Zudem gewährt der Staat Subventionen in Höhe von über 50 Mrd. Euro jährlich, die das Klima und die Umwelt schädigen. Wir wollen mit dem schrittweisen Abbau dieser Subventionen beginnen und die Einnahmen in Form einer „doppelten Dividende“ wieder in Umwelt und Klimaschutz zu investieren.

Auch aus der Gesellschaft heraus entsteht mehr Druck auf die Pfeiler des fossilen Systems: Immer mehr Firmen, Stiftungen und Institutionen haben das moralische Dilemma einerseits und die Gefahr einer "Carbon Bubble" andererseits erkannt. Sie ziehen ihr Geld aus Unternehmen aus dem Öl-, Gas- und Kohlesektor zurück. Wer für Klimaschutz einsteht, kann nicht gleichzeitig aus kurzfristigen Erlösen der Klimazerstörung profitieren und beispielsweise durch den Kauf von Aktien immer riskantere Explorationen wie Erdölbohrungen in der Arktis mitfinanzieren.

Um die ökonomischen Anreize für Klimaschutz zu verstärken, fordern wir:

- Schrittweise 10 Mrd. Euro an klimaschädlichen Subventionen einzusparen. Dabei wollen wir bei den aufgeblähten EEG-Rabatten der Industrie, den Steuerprivilegien für große Dienstwagen und der steuerlichen Begünstigung von Flugbenzin und Agrardiesel den Anfang machen. Der Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen soll nicht zu einer Mehrbelastung der Verbraucher*innen führen. Wir wollen die Gelder nutzen, um die Energiewende zu entlasten um sie in allen Bereichen weiter und schneller voranzutreiben. Der Wettbewerbsnachteil zunehmend sauberen Stroms gegenüber fossilen Energieträgern muss ein Ende haben. Ebenso wenig darf nachhaltige Mobilität nicht länger teurer sein als klima- und umweltschädliches Reisen. Wir werden deshalb eine Neuordnung der Energiesteuern und -abgaben vornehmen, um eine innovationsfördernde und ökologische Lenkungswirkung zu erzielen, jedoch ohne zusätzliche Belastung der privaten Endverbraucher*innen. Wir wollen eine doppelte Dividende beim Abbau umweltschädlicher Subventionen: Ökologische Lenkungswirkung durch Anreize und Steuern im gleichen Sektor. Damit Divestment gelingt, müssen wir mehr Klima-Transparenz in die Finanzmärkte bringen, damit Anleger und Anlegerinnen oder Investoren und Investorinnen die Klimabilanz ihrer Anlagen erfahren und gezielt in klimafreundliche und nachhaltige Finanzanlagen (Green Finance) investieren können.
- Die öffentlichen Haushalte sollen beim Ausstieg aus klimaschädlichen Aktivitäten vorangehen und ihre Vermögen, z.B. Vermögens- und Pensionsrücklagen, von fossilen Investitionen befreien.
- "Öffentliche Finanzinstitute wie Sparkassen und Landesbanken sollen in die Pflicht genommen werden, nicht nur ihre eigenen Fonds umzuschichten, sondern auch ihre Kunden über das Risiko der Carbon Bubble aufzuklären."

4. Mobilität klimafreundlich gestalten

Wir wollen klimafreundlich und bequem mobil sein. Dazu sollen Bahnen, Öffentlicher Nahverkehr, Radfahren, Bike- und Carsharing ineinander greifen. Statt im Stau zu stehen und den letzten freien Parkplatz zu suchen, steigen wir in Zukunft flexibel und bequem ein, aus und um. So wol-

len wir Zeit und Eigenständigkeit zurück gewinnen. Den verbliebenen und gerade in ländlicheren Regionen nach wie vor schwer zu ersetzenden Autoverkehr wollen wir ebenso wie die Bahn komplett auf erneuerbaren Energien umstellen. Das Auto der Zukunft produziert keine klima- und gesundheitsschädlichen Abgase mehr und ist ein intelligenter Energiespeicher auf Rädern. Aber auch alternative Antriebstechniken sind nur dann Teil der Lösung, wenn ihre Lebenszyklus-Bilanz besser als die konventioneller Antriebsformen ist. Wir wollen Stadt und Land fahrrad- und fußgängerfreundlicher machen und fordern mehr Platz für Fuß- und Radverkehr. Aber noch gibt es massive Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten klimaschädlicher Verkehrsträger. Deswegen wollen wir überflüssigen Verkehr möglichst oft vermeiden und auf klimafreundlichere Verkehrsmittel verlagern.

Der VW-Betrug hat mehr als deutlich gemacht, dass große Teile der deutschen Automobilbranche den Geist der Zeit nicht nur verschlafen haben, sondern Umwelt-, Gesundheits- und Klimastandards sogar bewusst unterlaufen. Die Bundesregierung hat dies durch mangelnde Kontrollen und die Aufweichung europäischer Standards auch noch begünstigt. Damit gefährden die Bundeskanzlerin und die Automobilindustrie nicht nur die deutschen Klimaziele, sondern auch den deutschen Industriestandort. Denn während in Deutschland Greenwashing betrieben wird, haben sich andere Autohersteller bei der Entwicklung von Alternativen zum klassischen Verbrennungsmotor bereits einen massiven Vorsprung erarbeitet.

Damit die Verkehrswende endlich vorankommt, fordern wir:

- Bis 2030 sollen alle Bundesbehörden und größeren Unternehmen ihren Fuhrpark komplett regenerativ betreiben.
- Um mehr Gerechtigkeit im Verkehr zu erreichen, werden wir die externen Kosten internalisieren. Dazu wollen wir die Besserstellung von Diesel gegenüber Benzin anpacken. Zusätzlich muss das klimaschädliche Steuerprivileg für schwere Dienstwagen abgebaut werden.
- Wir wollen Elektromobilität attraktiver machen durch den Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur, insbesondere mit intelligenten erneuerbar betriebenen Ladestationen, durch Förderung von Kommunen, die für innerstädtischen Logistikverkehr nur noch E-Fahrzeuge und Lastenfahrräder einsetzen sowie durch ein zeitlich befristetes Marktanzreizprogramm Nahverkehrsbusse und Autos. Elektroautos und sparsame Plug-In-Hybrid Autos sollen einen Kaufzuschuss erhalten. Um eine ökologische Lenkungswirkung zu entfalten, soll die Gegenfinanzierung über eine Umlage der Kfz-Steuer für Autos erfolgen, deren CO₂-Ausstoß oberhalb der europäischen Grenzwerte liegt.
- Die jährlichen Steuersubventionen für den globalen Flugverkehr zu reduzieren. Deshalb werden wir die Steuerbefreiung für Kerosin kippen, die Mehrwertsteuer auf internationale Flüge – wie im Bahnverkehr – ausweiten und die internationale Luftfahrt endlich voll in den Emissionshandel integrieren.

5. Klimafreundlich heizen und wohnen

Effektiver Klimaschutz muss verstärkt im Wärmesektor ansetzen. Dafür braucht es eine wirksamere Gebäudesanierung und mehr Erneuerbare Energien. In den Bundesländern mit grüner Regierungsbeteiligung gibt es bereits erste positive Entwicklungen. Wir brauchen jedoch vor allem auf Bundesebene vernünftige Rahmenbedingungen, um die Klimaschutz-Potentiale im Wärmebereich zu heben:

- Wir wollen die Programme zur energetischen Gebäudesanierung durch einen Energiesparfonds von drei Milliarden Euro deutlich aufstocken und Sanierungsmaßnahmen

steuerlich fördern, um die Sanierungsquote von Wohngebäuden von derzeit unter 1% auf 3 % steigern.

- Mit einem gezielten Programm zur Sanierung in Stadtquartieren wollen wir Klimaschutz und Einsparungen gerade für sozial schwache Haushalte verbinden.
- Bei Verstößen gegen gesetzliche Energiesparstandards wollen wir den betroffenen Mieter*innen ein Mietminderungsrecht einräumen.
- Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz gilt es bundesweit einheitlich auf den Gebäudebestand auszudehnen.

6. Die Agrarwende vorantreiben

Klimagerechtigkeit spiegelt sich auch auf dem Acker wieder. Sowohl bei uns, als auch im Globalen ist der Aufbau einer ökologischen Landwirtschaft realistisch, welche für das Klima schonender ist und dennoch alle satt macht. Wir wollen eine Landwirtschaft, die zum Schutz des Klimas, des Bodens, der Tiere und der Verbraucher*Innen auf industrielle Massentierhaltung, Pestizide und Chemiedünger weitgehend verzichtet. Hierfür braucht es eine andere Förderpolitik. Die Anpassung an den Klimawandel in der Landwirtschaft erfordert den konsequenten Schutz des Bodens als unsere Lebensgrundlage und die Unterstützung einer standortangepassten, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft.

Momentan ist der Landwirtschaftssektor trotz über 60 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr allein in Deutschland weitgehend von Klimaverpflichtungen ausgenommen. Die Bundesregierung setzt auf Exporte während die industrielle Fleischproduktion weltweit sogar noch Hunger verursacht. Die Ernährung der Menschen muss aber immer Vorrang haben vor der Verwendung von Biomasse als Futtermittel oder zur Energiegewinnung (food first). Eine klimagerechte Agrarwende funktioniert nur, wenn wir den Anteil von Fleisch und Milchprodukten an unserer Ernährung zugunsten von pflanzlichen Produkten reduzieren und gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen. Land und Bodenfruchtbarkeit sind knappe und kostbare Ressourcen: fossile Energieträger können deshalb nur in sehr begrenztem Maße durch landwirtschaftliche Energiepflanzen ersetzt werden.

- Mit Klimaschutzgesetzen in Bund und Ländern wollen wir konkrete Ziele auch für die Landwirtschaft vorgeben. Die müssen auf einer sorgfältigen Erfassung der Treibhausgasemissionen in diesem Bereich fußen, die bisher noch fehlt.
- Die Exportorientierung der Landwirtschaft, gerade im Fleischsektor, muss gestoppt werden. Denn damit geht die Ausdehnung der industriellen Tierhaltung einher. Stattdessen wollen wir Tierhaltung wieder an die Fläche binden.
- Für die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gilt: Subventionen müssen endlich an öffentliche Leistungen gebunden und anhand nachhaltiger Kriterien vergeben werden. Damit sollen jene Bäuerinnen und Bauern belohnt werden, die konsequent klima-, umwelt- und tierfreundlich wirtschaften.
- Den Einsatz von Pestiziden und die Überdüngung von Böden wollen wir deutlich reduzieren. Bei der Reform der momentanen Düngeverordnung muss die Chance ergriffen werden, die Einarbeitungszeiten von Düngemitteln deutlich zu reduzieren
- Zur Vermeidung der Lebensmittelverschwendung sollen Politik, Handel und Erzeuger Zielvereinbarungen treffen und branchenspezifische Programme auf den Weg bringen.
- Notwendig ist eine klare Definition von klimafreundlicher Landwirtschaft, die ökologisch fragwürdige Praktiken ausschließt.

Die Agrarwende kann international nur gelingen, wenn Mittel kohärent im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft vergeben werden: Das heißt zum Beispiel konkret für den Green Climate Fund, dass auch dort Armutsreduzierung, Ernährungssouveränität, nachhaltige Ressourcennutzung und „Ownership“ bei der Mittelvergabe berücksichtigt werden müssen.

7. Böden, Wälder und Moore besser schützen

Ein Großteil unserer Emissionen geht in die Atmosphäre, doch die natürlichen CO₂-Senken nehmen auch Millionen Tonnen auf. Zu den wichtigsten Senken gehören die organischen Böden von Mooren, Wäldern und Dauergrünland. Durch Entwässerung und landwirtschaftliche Nutzung werden diese zerstört und setzen sogar Treibhausgase frei. Wiedervernässung kann die Kohlenstoffspeicherung und wertvolle Naturflächen wiederherstellen. Deshalb wollen wir sie besser schützen und wo erforderlich auch wieder herstellen. Wir fordern:

- Noch nicht geschützte Gebiete mit Moorböden müssen unter Schutz gestellt und schrittweise wieder vernässt werden. Pufferflächen müssen klimaneutral genutzt werden, z.B. als Streuobstwiesen oder es bedarf eines generellen Umbruchverbots für Dauergrünland und Streichung aller Zuschüsse zur Entwässerung von organischen Böden.
- Die Bundesregierung muss eine Torfreduktionsstrategie auflegen, an deren Ende ein Verbot der Torfverwendung steht. Als Zwischenschritt dahin sollte eine Torfabgabe eingeführt werden, um den Rohstoff teurer zu machen und damit die Alternativen wirtschaftlich zu stärken.
- Keine Einbindung von landwirtschaftlichen Böden und Wäldern in die internationalen Kohlenstoffmärkte. Dies würde Flächenkonkurrenzen und Landkonflikte in Entwicklungsländern verschärfen sowie ambitionierten Klimaschutz in Industrieländern weiter verwässern.
- Verstärkung der internationalen Aktivitäten gegen die Abholzung und Übernutzung der Wälder gemeinsam mit den dort lebenden indigenen Gesellschaften. Hierbei braucht es mehr Mittel gerade für eine entsprechende Überwachung. Zudem sollen internationale Programme zur Wiederaufforstung von Wäldern und zur Bewaldung von Wüstenbildung bedrohter Gebiete gestärkt werden.

III. Ohne Ehrlichkeit kein Klimaschutz

Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist grenzenloses Wachstum nicht möglich. Die Klimakrise ist Ausdruck dessen. Der Zwang immer weiter und mehr wachsen zu müssen, zerstört heute zunehmend das ökologische und soziale Gleichgewicht. Wenn wir das Klima retten wollen, müssen wir grüner wirtschaften. Wir sind überzeugt, dass wir so wirtschaften können, dass alle Menschen mehr Lebensqualität genießen können – und uns dennoch vom Zwang, immer mehr wachsen zu müssen, frei zu machen. Als ersten Schritt erstellen wir als Alternative zum Jahreswirtschaftsbericht, der nur auf das Bruttoinlandsprodukt fixiert ist, einen Jahreswohlstandsbericht, der zusätzlich zum BIP auch Indikatoren zur ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Dimension einbezieht. Eine lebenswerte Umwelt und eine gerechte Gesellschaft müssen einen höheren Stellenwert bekommen als die ressourcenintensive Produktion von Gütern. Die Spekulation an den internationalen Lebensmittelbörsen und die betrügerische Geschäfte mit Klimazertifikaten sind Warnsignale, dass Marktwirtschaft ohne soziale und ökologische Leitplanken und ohne fairen Wettbewerb in die Sackgasse führt.

Und die Ehrlichkeit gebietet auch einzuräumen, dass unsere gesetzten Klimaziele einerseits immer noch zu knapp gerechnet sind, andererseits aber selbst diese Ziele ohne große Anstrengun-

gen nicht erreichbar sein werden. Dazu gehören nicht nur technische Lösungen und politische Weichenstellungen, sondern auch die Förderung klimabewussten Verhaltens. Die Marktanteile von spritfressenden SUVs oder der übermäßige Fleischkonsum zeigen jedoch, dass hier noch viel zu tun ist. Der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck der Deutschen beträgt jährlich 11 Tonnen; wir überziehen unser Budget also um den Faktor Fünf.

Der durchschnittliche CO₂-Fußabdruck der Deutschen beträgt jährlich 11 Tonnen. Wenn wir daran nichts massiv ändern, bleiben alle Klimaschutz-Beschlüsse Sonntagsreden. Nutzen wir also Paris für einen Neuaufbruch im Klimaschutz. Ändern wir die Politik, nicht das Klima!